Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 41 | **München, 9. Oktober 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5692

	Oktober	Tischri	Bemerkungen
Sonntag	11	30	ראש חדש יום א׳
		Marcheschwan	
Montag	12	1	ראש חדש יום ב׳
Dienstag	13	2	
Mittwoch	14	3	
Donnerst.	15	4	
Freitag	16	5	
Samstag	17	6	נח P.R. מברכין בה״ב הפטרה רני עקרה (Jesaja 54, 1—17. 55, 1—5)

Das Jüdische Echo

Nummer 41 | 9. Oktober 1931 | 18. Jahrgang

Was gibt uns den Mut?

In palästinafreundlichen jüdischen Organen und in sehr vielen parteilosen großen jüdischen Zeitungen sind in der letzten Zeit Aufrufe der Exekutive der Jewish Agency und der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation erschienen, in denen Zionisten und Palästinafreunde auf die schwere finanzielle Lage der Jewish Agency aufmerksam gemacht und nicht nur zur Weiterleistung ihrer regelmäßigen Beiträge für das Palästinawerk, sondern auch zur Zahlung eines speziellen Notopfers aufgefordert wurden. Diese Aufforderung ist nicht nur im Druck erschienen, sondern viele Zionisten machten es sich zur Ehrenpflicht, persönlich von Mann zu Mann die Palästinafreunde aufzusuchen und sie zu einer Befolgung der erschienenen Aufrufe zu bewegen. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Anstrengungen für das Notopfer haben in Mitteleuropa einen unerwartet großen Erfolg gehabt. Es ist festzustellen, daß trotz der schweren finanziellen Krise, trotz der Ungewißheit über das, was der Morgen bringen wird, trotz der Unsicherheit zahlreicher jüdischer Existenzen der Appell, den Palästina durch Vermittlung der Jewish Agency an die jüdische Öffentlichkeit gerichtet hat, überraschend opferfreudig befolgt wurde.

Dieses Phänomen setzt jüdische Kreise in Erstaunen, welche dem Gedanken der Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina fernstehen und den Begriff der jüdischen Volksrenaissance ablehnen. In Darlegungen der assimilatorischen jüdischen Presse konnte man gerade in den letzten Tagen lesen, daß der Zionismus endgültig erledigt sei und daß die Bemühungen in Palästina sich nunmehr als restlos undurchführbar erwiesen haben. Der Führer der jüdischen Liberalen in Deutschland, der organisierten Zionistengegner, schrieb, daß nur noch einige alte Zionisten aus einem gewissen Trägheitsgesetz heraus, weil sie nicht mehr umzulernen vermögen, sich noch weiterhin um die zionistischen Angelegenheiten kümmern, daß aber der Zionismus als solcher sich überlebt habe und überflüssig geworden sei, weil sein wesentlichster Inhalt, nämlich der jüdische Gemeinschaftsgeist, nunmehr von allen jüdischen Richtungen akzeptiert ist und von ihnen gepflegt wird. Trotz dieser Feststellungen kann aber vermerkt werden, daß weit über den Kreis der organisierten Zionisten hinaus — und dies sind nicht nur alte Zionisten, die nicht mehr umzulernen vermögen — die jüdische Öffentlichkeit dem Rufe Palästinas Folge geleistet hat. Und zwar in einem Ausmaße, das in der Gegenwart, bezogen auf alle anderen interterritorialen jüdischen Aktionen, einzigartig und beispiellos dasteht.

In Gesprächen mit Palästinagegnern, d. h. mit Feinden des in Palästina entstehenden jüdischen Zentrums, bekommt man immer die Frage zu hören: „Was gibt Euch den Mut, trotz der unleugbar schwierigen politischen Situation der zionistischen Bestrebungen, trotz der Krise, unter der die ganze Welt und besonders die jüdischen Gemeinschaften in allen Ländern zusätzlich leiden, trotz der Stagnation der Einwanderung nach Palästina, trotz des Widerstandes der arabischen Bevölkerung und der Zurückhaltung, wenn nicht passiven Widersetzlichkeit der Mandatarmacht, zäh an Euren Plänen festzuhalten und nicht nur von Euren eingeschworenen und eingeschriebenen Mitgliedern, sondern auch von Juden, die außerhalb Eures Lagers stehen, immer weitere Opfer für das Palästinawerk zu verlangen?“ „Hat denn die jüdische Gesamtheit bisher wenig für Palästina getan?“ fragen diese Gegner. „Hat man nicht bisher nach Euren eigenen Ausweisen nahezu 10 Millionen Pfund und das waren bis vor kurzer Zeit 200 Millionen Goldmark an öffentlichen Spenden für den Keren Kajemeth und den Keren Hajessod aufgebracht? Ist denn dieser ungeheure Aderlaß, den die zionistischen Geldsammler der jüdischen Gesamtheit in der Welt beigebracht haben, nicht genug? Wollt Ihr die Juden noch immer zu neuen Opfern auffordern und ihnen, die überall so furchtbar leiden, neue Mittel für eine Sache entreißen, die, verglichen mit den Bedürfnissen der jüdischen Gesamtheit, nur eine belanglose Angelegenheit ist? Was gibt Euch den Mut, immer wieder in dieselbe Kerbe zu schlagen, dieselben Aufrufe zu erlassen, die gleichen Argumente zu gebrauchen und Euer Palästinawerk um jeden Preis in das Zentrum aller jüdisch wichtigen Aufgaben zu stellen?“

Es ist nicht zu leugnen, daß wir uns gegenwärtig in einem Abschnitt der Umwertung aller Werte, in einer Zeit und Schicksalswende für alle Völker, in einer Epoche der Weltwende für die bestehende Gesellschaft befinden. Es ist ferner nicht zu übersehen, daß verglichen mit dem Orkan, der sich menschlicher Voraussicht nach in den nächsten Jahren über die ganze gesittete Welt entladen wird, das Schicksal eines einzigen Volkes nicht allzu belangreich erscheinen mag. Andererseits aber lehrt uns unsere alte leidensreiche Geschichte, daß unser Problem ein spezifisches ist, daß die Lage der Juden wohl in stärkstem Grade von den Ereignissen in der ganzen Welt beeinflußt, nie aber bis heute im Laufe von Jahrtausenden durch allgemeine Welterschütterungen nach irgend einer Richtung gelöst wurde. Ob nun die Welt kirchlich-absolutistisch, staatlich-imperialistisch, parlamentarisch-demokratisch, kapitalistisch oder sozialistisch regiert wurde und wird — einerlei, in allen diesen Epochen bestand die Judenfrage als eine Angelegenheit eigener Art, die niemals auf dem Wege von Allheilmitteln gelöst werden konnte und für die seit 2000 Jahren niemals eine spezifische Therapie versucht wurde. Aus dieser Erkenntnis heraus sagen wir uns, daß, mag die Zukunft bringen, was sie will, den Sieg des Monopolkapitals oder den Triumpf der sozialistischen Planwirtschaft, die Judenfrage anders bezeichnet, mit anderen Etiketten versehen, dennoch in der gleichen Vehemenz vorhanden sein und die Träger des Judentums betreffen wird, wie bis zum heutigen Tage. Alle Hoffnungen und Versuche, die Judenheiten in den einzelnen Ländern durch Anpassung an die Umgebung zu verschleiern oder zum Verschwinden zu bringen, haben bis heute nichts gefruchtet. Die jüdische Frage ist nicht nur eine nationale Frage, nicht nur eine religiöse, nicht nur eine politische, nicht nur eine soziale, nicht nur eine moralische, nicht nur eine gei-

stige, nicht nur eine kulturelle — sie ist all das zusammengenommen, und Revolutionen in einem der genannten Bezirke vermögen nicht die Totalität des jüdischen Problems zu erfassen. Aus diesen Gründen halten wir an der *spezifischen* zionistischen Lösung der Judenfrage trotz aller Schwierigkeiten, trotz der Ungunst der Verhältnisse, trotz politischer Widerstände und trotz des Unverständnisses mancher jüdischer Kreise und großer politischer über die ganze Welt verbreiteter Parteien fest. Wir tun das fernerhin aus dem Grunde, weil wir gerade in den letzten Jahrzehnten die Feststellung machen konnten, daß alle Bemühungen von jüdischer Seite, mit anderen Methoden und auch mit den größten Opfern irgendeine Wendung der jüdischen Situation in der Welt herbeizuführen, völlig ergebnislos geblieben sind. Unendliche Opfer an Energie, Geldmitteln, an Ergebenheit für fremde Ideale sind gebracht worden und das Resultat ist, daß an keinem Punkte der Welt, ausgenommen in Palästina, sich auch nur die Anfänge einer Normalisierung jüdischen Lebens in der Welt zeigen. Wenn man die Bilanz der gesamtjüdischen Tätigkeit in den letzten Jahrzehnten zieht, so bleibt als einziges Volksguthaben das, was in Palästina geschaffen wurde. Tel-Awiw und der Emek, die Böden des Jüdischen Nationalfonds, das hebräische Schulwerk und die Universität auf dem Skopus, das ist der Anfang einer Normalisierung. Alles andere ist auf Flugsand gebaut und auch dort, wo es mit anderen Mitteln angepackt wurde und wo in Nachahmung zionistischer Methoden versucht wird, es einer Verwirklichung entgegen zu führen, nämlich in den geschlossenen Kolonisationsbezirken Sowjet-Rußlands und in Birobidschan, wird im allergünstigsten Falle nur ein Surrogatjudentum entstehen, ein Surrogatjudentum, wie der jüdische Liberalismus in Deutschland, wie die jüdische Reformbewegung in anderen Ländern der Welt.

Weil wir für eine *radikale Lösung* der Judenfrage sind, weil einzig und allein das wenige, was bis jetzt in Palästina geschaffen wurde, der kritischen Beurteilung des jüdischen Historikers, dessen Auge die Jahrtausende überblickt, standhalten kann, aus diesem Grunde halten wir an unserer Sache fest und das gibt uns den Mut, immer wieder das jüdische Volk in der schwersten Schicksalsstunde seiner Geschichte zu neuen Opfern für seine Befreiung aufzurufen. m. w.

Eine Judentragödie

Ein ungeheuerliches Urteil

Dient es wirklich der Gerechtigkeit, daß man in den letzten Jahrzehnten in der Kriminaljustiz gelernt hat, nicht nur das Verbrechen selbst, sondern auch den Verbrecher zu erkennen und bei der Beurteilung einer Tat auch die Bedingungen zu werten, unter denen sie vollbracht wurde, die Motive zu werten, die den Täter dazu trieben? Die Berücksichtigung dieser subjektiven Umstände, ein an und für sich wichtiges Prinzip, führt doch manchmal zu Resultaten, die jeder Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen; man braucht das niemanden auseinanderzusetzen, der deutsche Verhältnisse kennt und infolgedessen weiß, was eine politisierte Justiz in dieser Beziehung leisten kann. Aber es ist anderswo nicht besser. Man weiß auch aus Österreich und mit Schaudern hat man es namentlich beim Fall Halsmann erlebt, daß gerade Schwurgerichte, die eine frühere Zeit als Hort der Gerechtigkeit zu betrachten gewohnt war, Einflüssen subjektiver Art, sei es für, sei es gegen den Täter, in höchstem Maße zugänglich sind und daß oft gerade die von solchen Gerichten gestalteten Urteile die Gerechtigkeit verhöhnen, anstatt ihr zu dienen.

Solche Fehlurteile, besonders wenn sie von Schwurgerichten ausgehen, haben immerhin einen Wert: sie sagen mehr und besser aus über die Zustände in einem bestimmten Lande zu einer bestimmten Zeit, als es viele Bücher und Aufsätze können; und so werden wir Juden wieder einmal auf fürchterliche Weise belehrt und aufgeklärt durch ein Urteil des Prager Schwurgerichts, das am Freitag, dem 13. September abends den ehemaligen tschechischen Legions-Korporal Karl Horak freisprach, dem nachgewiesen worden war, daß er am 12. Juni 1919 im Dorfe Velky-Vitez *sieben jüdische junge Leute, vier Brüder Fleischer und drei Brüder Lefkowitz, mit Hilfe von ihm unterstellten vier Soldaten erschossen und sie ihres Geldes und der Kleider beraubt hat.*

Die Umstände, unter denen dieses Urteil zustande kam, lassen darauf schließen, daß sehr einflußreichen Kreisen der tschechoslowakischen Republik an einem Freispruch gelegen war, der nichts anderes darzustellen scheint, als eine öffentliche Bekennung der Überzeugung, daß ein Mord an einem Juden keine strafbare Handlung sei. Es ist bekannt geworden, daß das Ministerium für nationale Verteidigung und die ihm nahestehende tschechische Legionärgemeinde die Durchführung des Prozesses vor den Prager Geschworenen erreicht haben, weil nämlich das eigentlich zuständige Kaschauer Schwurgericht, bei dem auch Juden Geschworene sind, deshalb als „befangen" anzusehen sei. Auf dem Wege nach Prag verschwand ein großer Teil der Horak schwer belastenden Gerichtsakten. Trotzdem ergab die Beweisaufnahme mit voller Klarheit die Schuld des Angeklagten, dessen Anwalt in seinem Plaidoyer ausführte, daß dieser Fall einer von vielen tausenden sei und daß im Kriege eben eine andere Moral herrschte. Dieses Geschehnis, das man derart zu verteidigen und zu beurteilen fertigbringt, hat sich auf folgende Weise abgewickelt:

In der Zeit der Bolschewikeneinfälle in die Slowakei wurden in Velky-Vitez sieben jüdische Bürger, der Spionage verdächtig, verhaftet. Die Soldaten wollten die Juden, denen nichts nachgewiesen wurde, sofort erschießen, doch gelang es ihrem Kommandanten sie zu beruhigen. Da kam ein Soldat ohne Bluse, nur durch ein französisches Barett als Legionär kenntlich gemacht, und überbrachte den Befehl des den Offizieren vorstehenden Kapitäns Bejvoda, die sieben jüdischen Bürger zu diesem zu führen. Die sieben Verhafteten wurden ihm, ohne daß man von dem Legionär, in dem später Horak festgestellt wurde, eine Legitimation verlangt hätte, ausgeliefert. Am Wege wurden die sieben jüdischen Bürger beraubt und erschossen.

Um es kurz zu machen: die Geschworenen haben sich bei der Beurteilung dieses bestialischen Verbrechens voll und ganz der Meinung des Anwalts angeschlossen; sie haben die auf vorbedachten Mord lautende Schuldfrage einstimmig verneint, die auf Totschlag lautende Schuldfrage zwar mit sieben Stimmen gegen fünf bejaht, was aber nicht zu einer Verurteilung führt, da hierzu ein Stimmenverhältnis von 8:4 erforderlich ist. Und so bleibt ein Mann straffrei, der sieben junge Juden gemordet.

Muß man erst beweisen, daß dieses Urteil nur so ausfallen konnte, weil es sich bei den Ermordeten um Juden handelte? Die Anklageschrift sogar gebraucht immer das Wort Jude, wo sie sonst die Ausdrücke Ermordeter, Beschuldigter verwenden würde, und wenn schon der verfolgende Staatsanwalt, bewußt oder unbewußt, so dokumentiert, daß ein Jude halt

doch was anderes ist als ein Mensch, so kann man sich kaum mehr wundern, wenn die Geschworenen so urteilen, wie sie es getan haben.

Der Berichterstatter der Prager Selbstwehr hat für dieses Urteil die richtige Kennzeichnung gefunden, wenn er feststellt, daß sich im Prager Schwurgerichtssaal ein schmerzhaftes Stück Judentragik, der Tragik des jüdischen Volkes abgespielt hat und wenn er seinen Bericht mit den Worten schließt:

Dieses Urteil leuchtet grell und scharf in die Tiefen der Judenfrage hinein, es enthüllt mehr von der Psyche des Volkes, als viele gelehrte Abhandlungen; es zerreißt erbarmungslos die Schleier, welche eine illusionistisch-liberale Lehre vom Wesen des Antisemitismus über die rauhe Wirklichkeit zu breiten sucht.

Urteile von Geschworenengerichten sind keine juristischen Entscheidungen; es sind und sollen auch im Sinne der Schöpfer der Schwurgerichte Urteile sein, welche aus dem naiven Empfinden des Volkes kommen. Es ist die Stimme des Volkes, die gesprochen hat: Sieben Juden sind grundlos über den Haufen geknallt worden. Es war eine kleine Judenjagd. Die Stimme des Volkes hat darauf geantwortet: Freispruch.

Die Forderungen der neuen zionistischen Exekutive an die neue englische Regierung

Nahum Sokolows Rede in der Kingsway Hall zu London

London, 5. Oktober. (JTA.) Auf dem ihm zu Ehren in der Kingsway Hall zu London veranstalteten Empfang hielt Nahum Sokolow, Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, eine große Rede, in der er die Forderungen der neuen Exekutive der Jewish Agency an die Nationale englische Regierung formulierte. Ein neuer Geist müsse in die Palästina-Administration einziehen, diese Administration müsse mit Ernst an die Lösung des jüdischen Problems herangehen. Die Mandatarmacht aber müsse der gesamten Judenfrage in ihrem Zusammenhang mit Palästina ein weitherziges Verständnis entgegenbringen. Sie müsse verstehen, daß der Zionismus eine Lösung der Judenfrage zum Ziel hat. Eine Alijah — ich sage nicht Immigration, sondern Alijah — im weitesten Sinne müsse vorbereitet werden. Wir gehen nach Palästina, nicht um eine jüdische Heimstätte, sondern eine nationale jüdische Heimstätte zu errichten. Wir verlangen von der Regierung, daß sie mehr als bisher die Jewish Agency zu Rate ziehen soll. Die Regierung müsse die Einwanderung durch Schaffung besserer Bedingungen im Lande fördern. Wir fordern, daß man uns Kronländereien zu Siedlungszwecken gibt, wie man solche Ländereien bereits den Arabern gegeben hat. Wir fordern, daß die Regierung bei öffentlichen Arbeiten Juden in einer richtigen Proportion beschäftige. Wir fordern, daß die Regierung aktiv an dem Aufbau des Jüdischen Nationalheims mitarbeitet und unsere Institutionen für Erziehung und öffentliche Gesundheit mit entsprechenden Mitteln fördert. Auch die Einstellung von Juden in die Beamtenschaft, die Polizei und die Landesverteidigungskorps müsse in einer richtigen Proportion erfolgen. Wir fordern auch, daß die Regierung die neue Industrie in Palästina schützt und ihre Entwicklung fördert.

All das, fuhr Sokolow fort, hat auch die alte Exekutive gefordert. Ich bin kein Kolumbus, der Zionismus ist eine klassische Bewegung, in der nichts „Neues“ geschaffen werden könne. Auch Herzl hat nichts Neues schaffen wollen. Was wir wünschen, ist eine kontinuierliche gradlinige Evolution. Die Beschuldigung, daß die Exekutive den Weg Herzls verlassen hat, ist falsch. Wir wollen das Gleiche, was Herzl wollte, aber gebt uns die Mittel hierzu. Wir haben Vertrauen zu der Nationalen Regierung Englands und wir haben Gründe zu einem solchen Vertrauen, wir werden mit dieser Regierung verhandeln. Aber ist das alles? Nein! Wir selbst müssen arbeiten. Und dies in Frieden und Einigkeit. Die ganze Welt — noch mehr das jüdische Volk — geht durch eine Krise, unser Appell an das Volk müsse darum eindeutig sein. Das jüdische Volk hat sich gerade in der Zeit der großen Krise zur höchsten Stufe der Opfer aufgeschwungen. Wolle man aber einen solchen Ruf an das Volk ergehen lassen, so müsse man alle Parteiinteressen beiseite schieben. Man müsse die Jewish Agency ermutigen, im Namen eines geeinten jüdischen Volkes zu sprechen.

Sokolow erklärte, daß er die Führerschaft nicht aus persönlichen Motiven übernommen hat und daß sein Hauptziel die Herbeiführung des inneren Friedens sei. Wir haben, sagte er, die für uns beste Regierung in England, aber wir müssen geeint vor sie treten. Sokolow sprach noch über die praktischen Ziele der neuen Exekutive, die Förderung der Siedlung von Angehörigen des Mittelstandes und von Chaluzim, Erhaltung der hebräischen Kulturbasis in Palästin u. a. m. Zum Schluß drückte Sokolow die Hoffnung aus, daß alle Zionisten und Palästina-Freunde mit Energie und gutem Willen für den Enderfolg des zionistischen Ideals arbeiten werden.

Begrüßung des Präsidenten Sokolow in London

London, 1. Oktober. (JTA.) Unter dem Vorsitz von C. E. d'Avigdor Goldsmid, Vorsitzenden des Council der Jewish Agency, fand zu Ehren des neugewählten Präsidenten der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Nahum Sokolow, in der Kingsway Hall in London ein Empfang statt, dem etwa 300 bekannte englische Zionisten und Nichtzionisten beiwohnten.

Dr. S. Brodetsky, Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, hielt eine große politische Rede, in der er ausführte, der Wechsel in der Regierung des British Empire sei für den Zionismus von großer Bedeutung gewesen. Brodetsky skizzierte die zukünftige politische Arbeit der Exekutive der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency und berichtete über seine kürzlich stattgefundenen Zusammenkünfte mit dem neuen Kolonienminister Thomas und dem Unterstaatssekretär für die Kolonien Sir Robert Hamilton. Thomas hat bei dieser Gelegenheit erneut seine Sympathie für den Zionismus und seine Ziele Ausdruck gegeben, auch Sir Robert Hamilton habe unzweideutig erklärt, daß ihm der Fortschritt des jüdischen Nationalheims am Herzen liege. Der Vorsitzende d'Avigdor Goldsmid geleitete den Präsidenten Nahum Sokolow unter stürmischen Ovationen der Anwesenden auf die Tribüne.

Einigung im Revisionismus

Positives Ergebnis der Calais-Konferenz

Berlin, 30. September. (JTA.) Am 28. und 29. September fand in Calais eine Sitzung des Exekutiv-Komitees der Union der Zionisten-Revisionisten statt, an welcher die folgenden Herren teilnahmen: V. Jabotinsky, der den Vorsitz führte, A. Angel, M. Großmann, I. Rosoff, J. Schechtmann, Dr. S. E. Soskin, R. Stricker, I. Trivus; die Sekretäre des Exekutivkomitees A. Abrahams und Dr. H. Rosenblum; als Gast das Mitglied des Direktoriums des Tel Chai-Fonds, Herr Ch. Belilowsky.

Gegenstand der Beratung waren in erster Linie die nach dem Basler Kongreß 1931 innerhalb der Union entstandenen Differenzen in der Auffassung des Verhältnisses der Union zur Zionistischen Weltorganisation. Nach eingehender Behandlung kam es zu einer völligen Einigung in allen schwebenden Fragen. Herr Lichtheim, der wegen Erkrankung an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, gab telegraphisch seine Zustimmung zu den Beschlüssen, die in dem Folgenden gipfeln:

Die Union der Zionisten-Revisionisten bleibt als eine einheitliche Organisation bestehen. Dem Umstande, daß ein Teil der Mitglieder der Union seine Zugehörigkeit zur Zionistischen Weltorganisation nicht weiter aufrecht zu erhalten gewillt ist, wurde dadurch Rechnung getragen, daß künftighin ein Teil der Mitglieder aus Nicht-Schekelzahlern bestehen wird. Infolgedessen soll der Absatz VIII der „Grundsätze des Revisionismus", welcher die Union in ihrer Gesamtheit als integralen Bestandteil der Z. O. bezeichnet, in der neuen Fassung der „Grundsätze" aufgehoben und durch die am Schlusse dieses Communiquees wiedergegebene Fassung ersetzt werden. Andererseits wurde vereinbart, daß die Frage der Gründung einer „Unabhängigen Zionisischen Organisation" nicht aufgerollt werden soll.

Die Vertreter des Exekutivkomitees werden die in der Sitzung angenommenen Vorschläge den bevorstehenden Landeskonferenzen der Union zur Annahme empfehlen. Im Dezember 1931 soll eine außerordentliche Tagung des Parteirates stattfinden, der diese Vorschläge zur Ratifikation vorgelegt werden.

Die V. Ordentliche Weltkonferenz der Zionisten-Revisionisten wird im Laufe des Sommers 1932 abgehalten werden.

Absatz VIII der „Grundsätze" wird durch die folgende Fassung ersetzt:

1. Die Union der Zionisten-Revisionisten wirbt ihre Mitglieder in allen jüdischen und zionistischen Kreisen, unter der Voraussetzung, daß diese Mitglieder das Programm der Union annehmen, die hieraus entstehenden Pflichten erfüllen und sich der Disziplin der Union unterwerfen. Die Mitgliedschaft der Union der Zionisten-Revisionisten wird künftighin nicht auf Schekelzahler beschränkt.

2. Die Revisionisten, welche den Schekel entrichten, üben die aus ihrer Zugehörigkeit zur Zionistischen Organisation sich ergebenden Funktionen unter der Leitung der schekelzahlenden Mitglieder des Exekutivkomitees der Union aus.

Der Verkehr mit den Organen der Zionistischen Organisation erfolgt durch die Revisionistische Fraktion im A.-C.

Die Ausgaben, welche sich aus der Ausübung der in diesem Paragraphen erwähnten Funktionen ergeben, werden aus dem allgemeinen Budget der Union der Zionisten-Revisionisten gedeckt.

Die Regelung des Verhältnisses der revisionistischen Gruppen zu den zionistischen Landesverbänden resp. Arbeitsgemeinschaften wird auf der nächsten Konferenz der Union erfolgen. In der Zwischenzeit gilt der Beschluß der Basler Konferenz von 1931 (Zirkular des E. K. Nr. 15/II), demzufolge den revisionistischen Landesverbänden bis zur Konferenz in dieser Frage freie Hand gelassen wird.

*

Man kann wohl kaum sagen, daß dieses Kompromiß, das offenbar nach langen Bemühungen gefunden wurde, in irgendeiner Weise genügt. Die auf Austritt aus der Zionistischen Organisation drängenden Kräfte werden damit nur fürs erste beschwichtigt sein und auch die Zionistische Organisation wird von den Revisionisten noch früher oder später eine ganz klare und eindeutige Entscheidung verlangen müssen; für sie ist jedenfalls der Zustand, den die revisionistische Resolution schafft völlig unannehmbar.

Das Schicksal des Jerusalemer Mufti?

Jerusalem, 1. Oktober. (JTA.) Aus den Kreisen des Großmufti von Jerusalem ist dem Kolonialamt in London der Vorschlag unterbreitet worden, die demnächst ablaufende neunjährige Amtsdauer des Großmufti von Jerusalem als Präsidenten des Obersten Moslemitischen Rates automatisch, ohne daß eine Neuwahl ausgeschrieben wird, zu erneuern, was faktisch bedeuten würde, daß die Verordnung des einstigen High Commissioner Sir Herbert Samuel, wonach der Großmufti lebenslänglich Vorsitzender des Rates bleibt, bestätigt wird. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat das Kolonialamt diesem Vorschlag die Billigung versagt. Es wird erwartet, daß der Wettstreit um das Amt eines Präsidenten des Moslemitischen Obersten Rates, in das 1922 Sir Herbert Samuel den Mufti eingesetzt hat, entbrennen wird.

London, 1. Oktober. (JTA.) Auf eine Anfrage der Londoner Jüdischen Telegraphen-Agentur beim Kolonialamt über die Möglichkeit einer Neubesetzung des Postens eines Präsidenten des Obersten Moslemitischen Rates wurde eine nur sehr unbestimmte Antwort gegeben. Aus Kreisen des Kolonialamtes wurde darauf hingewiesen, daß Sir Herbert Samuel in seiner Verordnung vom Jahre 1921 den Mufti zum dauernden Präsidenten des Rates ernannt hat.

Jerusalem, 5. Oktober. (JTA.) Gut informierte Kreise wollen wissen, daß die Palästina-Regierung bereits beschlossen habe, die Verordnung des einstigen High Commissioners, Sir Herbert Samuel, wonach der Jerusalemer Mufti auf Lebenszeit Präsident des Obersten Moslemitischen Rates sein soll, abzuändern und schon in kurzer Zeit die Wahl eines Präsidenten des Obersten Moslemitischen Rates auszuschreiben. Das bedeutet den Anfang vom Ende der Muftidiktatur über das palästinensische Arabertum. Die Regierung, erklären die informierten Kreise, habe sich zu diesem Entschluß durch die wachsende Opposition gegen die Muftiherrschaft bewogen gefühlt. Der Mufti, dessen Popularität zur Zeit der Palästina-Pogrome Ende August 1929 den höchsten Grad erreicht hatte, fühlte seinen Einfluß auf das Arabertum immer mehr sinken und machte alle Anstrengungen, um sein Ansehen künstlich zu erhalten. Er setzte die pompösen Bestattungen des indischen Führers Mohammed Ali und Exkönigs Hussein im Jerusalemer Felsendom durch und nützte auch Schaukat Alis Besuch in Palästina zur Befestigung seines Einflusses aus. Aber das Mißtrauen der Bevölkerung in diese Führerschaft wuchs immer mehr. Die arabische Zeitung „Meraat el Shark" berichtet, daß die vom Mufti nach Nablus einberufene Konferenz zum Proteste gegen die Waffenlager in den jüdischen Kolonien ein vollständiger Versager war; von 750 eingeladenen Notabeln kamen nur 70, Leute von den Straßen und aus den Kaffeehäusern wurden in den Konferenzsaal gerufen, um den Mißerfolg zu verdecken. Die finanziellen Schwierigkeiten des Obersten Moslemitischen Rates werden auf das Schuldkonto des Mufti gesetzt. Seine Opposition gegen den

Landentwicklungsplan gefällt vielen arabischen Führen nicht, die sich von dem Plan eine Besserung der Gesamtlage des Arabertums Palästinas versprechen. Auch die Beamten des Mufti lehnen sich gegen dessen Diktatur auf, und sogar der als Mufti-Freund bekannte Auni Bey Abdul Adi hat sich nach Safed begeben, wo die Opposition gegen den Mufti ihren Sammelpunkt hat, um mit dieser Opposition über die Frage der Entfernung des Mufti von seinen Ämtern zu verhandeln. Ein arabischer Führer äußerte einem Mitarbeiter der hebräischen Zeitung „Doar Hayom", daß der Einfluß des Mufti endgültig gebrochen sei und daß sein Ausscheiden aus dem politischen Leben unmittelbar bevorsteht. Die Hoffnung des Mufti, daß der jetzige Besuch des Königs Feisal in Palästina seine wankende Stellung in irgendeiner Weise befestige, hat vollkommen fehlgeschlagen.

Aus der jüdischen Welt

Aufruf zur Abwehr

Berlin, 1. Oktober. (JTA.) Eine Reihe führender christlicher Persönlichkeiten Deutschlands veröffentlicht, angeregt vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus, anläßlich der Kurfürstendamm-Krawalle und in Auswertung ihres gerichtlichen Nachspiels einen „Aufruf zur Abwehr", der lautet:

„Mit bitterem Schmerz und tiefer Scham haben die am jüdischen Neujahrstag auf dem Kurfürstendamm Berlins gegen jüdische Mitbürger gerichteten pogromartigen Ausschreitungen fanatisierter Hakenkreuzler die Herzen aller anständig empfindenden Deutschen erfüllt.

Mit bitterem Schmerz, daß Tausende — davon viele, die sich zu den gebildeten Kreisen rechnen — eine Heldentat darin sehen, wenn sie in Haufen über harmlos sich eines hohen religiösen Feiertags erfreuende Mitbürger herfallen, auf sie einschlagen, sie verletzen, die Einrichtungen öffentlicher Wirtschaften demolieren. Herzensbildung beginnt mit der Achtung vor dem Mitmenschen und der Rücksichtnahme auf ihn. Die, welche sich solcher Verpflichtung hier entzogen haben, schließen sich aus der Reihe der Gebildeten aus, sinken auf die Stufe wüster Radaubrüder hinab. Nicht zuletzt aber auch die, welche an solchen pöbelhaften Exzessen ihre stille Freude haben, und die Partei, welche sie entschuldigt oder verteidigt, die die Gewalttat gegen Andersgläubige oder Andersstämmige propagiert. Jeder anständig empfindende Mensch muß weit von solcher Gesinnung und Untat abrücken.

Aber auch mit tiefer Scham müssen uns solche traurigen Vorgänge erfüllen. Stellen sie doch Deutschland in den Augen des Auslandes auf die tiefe Kulturstufe des zaristischen Rußlands. Je mehr uns die Siegermächte die militärischen Waffen genommen haben, um so mehr sind wir darauf angewiesen, unsere Weltgeltung wieder mit den Waffen des Geistes und der Gesittung zurückzuerobern. Das Ansehen, das deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik unserem Volk in der Welt wieder erringen, wird aber beschmutzt durch derartige Akte der Roheit und Unduldsamkeit. Sie wirken im Ausland um so gefährlicher, als hinter ihnen eine Partei steht, die durch ihre systematische Judenhetze die moralische Verantwortung trägt und die aus den letzten Wahlen als die zweitstärkste Partei hervorgegangen ist.

Der größte Teil der exzedierenden Hakenkreuzler steht in so jugendlichem Alter, daß sie an dem Weltkrieg noch nicht teilnehmen konnten. Um so mehr sollten sie sich bewußt werden, daß ihre Angriffe sich vielleicht gegen jüdische Mitbürger richten, die für das Vaterland gekämpft und geblutet haben, deren Angehörige für es gefallen sind, die für diese Opfer von denen beschimpft und mißhandelt werden, für deren Freiheit sie gekämpft, geblutet, Gatten, Väter und Brüder hingegeben haben. Die Zahl der deutschen Juden, die für das Vaterland gefallen sind, entspricht prozentual der der gefallenen Christen.

Die Hakenkreuzpartei kann und darf die Verantwortung für jene Vorgänge nicht abwälzen. Der soeben gegen 34 Teilnehmer geführte Prozeß bewies eindeutig die Teilnehmerschaft nicht nur verhetzter Mitglieder, sondern auch maßgebender Funktionäre der Berliner Gauleitung und S.A.-Führung der Hitlerpartei an den von langer Hand vorbereiteten und systematisch durchgeführten Krawallen, wie auch das Berliner Hitlerorgan, der „Angriff", seit Wochen durch eine maßlos gesteigerte Judenhetze seine Leser systematisch aufpeitschte.

Wer in der unsagbar schweren Zeit, die wir durchleben, die Wahrung des Bürgerfriedens als vaterländische Pflicht empfindet, wer die ungeheure Gefahr erkennt, die die Gefährdung unseres Ansehens in der Welt mit sich bringt, — der muß den Mut aufbringen, der antisemitischen Gesinnung und Betätigung überall rücksichtslos entgegenzutreten. Dies fordern wir von der Regierung und ihren Organen, dies fordern wir von jedem verantwortungsbewußten Mitbürger."

Von den Persönlichkeiten, die den Aufruf unterzeichnet haben, seien genannt: Pater August J. Arand, St. Augustin; Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., Ministerialrat, Berlin; D. Dr. h. c. Otto Baumgarten, Universitätsprofessor, Geh. Konsistorialrat, Kiel; August Bleier, Pfarrer, Charlottenburg; Carl Delius, Oberpostrat, Berlin; Lic. theol. Albert Esenwein, Stadtpfarrer, Stuttgart; Emil Felden, Pastor primarius, Bremen; Dr. Hermann Fischer, M. d. R., Berlin; Johannes Fischer, M. d. L., Stuttgart; Dr. Walter Goetz, Universitätsprofessor, Geheimrat, Leipzig; Dr. Ing. e. h. Georg Gothein, Reichsminister a. D., Charlottenburg; Robert Grimm, Pfarrer, Frankfurt a. M.; Dr. Günther Grzimek, M. d. L., Berlin; Dr. von Harnack, Regierungspräsident, Merseburg; Gustav Hartmann, M. d. L., Vorsitzender des Deutschen Gewerkvereins, Berlin; Dr. Martin Hobohm, Universitätsprofessor, Reichsarchivrat, Berlin; Dr. theol. Carl Maria Kaufmann, Professor, Frankfurt a. M.; Dr. Walter Kinkel, Universitätsprofessor, Gießen; Dr. Eberhard König, Universitätsprofessor, Geh. Konsistorialrat, Bonn; Karl Kunert, Pastor, Hamburg; Dr. Wilhelm Külz, M. d. R., Oberbürgermeister, Reichsminister a. D., Dresden; Eduard Lampartner, Stadtpfarrer a. D., Stuttgart; Mauritz, Pfarrer, Bremen; Lic. theol. E. Moering, Direktor, Breslau; Rönneburg, Landrat, Staatsminister a. D., Franzburg; Paul Freiherr von Schönaich, Generalmajor a. D., Reinfeld (Holstein); Dr. von Schulze-Gävernitz, Universitätsprofessor, Freiburg; Dr. Ernst Siehr, Oberpräsident, Königsberg; D. Dr. W. Staerk, Universitätsprofessor, Jena; Dr. Albert Südekum, Staatsminister a. D., Berlin; Martin Treu, Bürgermeister, Nürnberg; Dr. Weber, Staatsminister a. D., Dessau; Dr. Konrad Ziegler, Universitätsprofessor, Greifswald.

„Angriff" für drei Wochen verboten

Berlin, 29. September. (JTA.) Der Berliner Polizeipräsident hat die von Dr. Goebbels herausgegebene nationalsozialistische Abendzeitung „Angriff" wegen Beschimpfung und Bedrohung der Staatsanwaltschaft und des Vorsitzenden im Prozeß

gegen die Kurfürstendamm-Nazis auf die Dauer von drei Wochen verboten.

Der Prozeß gegen Graf Helldorf vertagt

Berlin, 29. September. (JTA.) Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist der für heute, Dienstag, den 29. September, angesetzt gewesene Prozeß gegen den Oberführer der Berliner SA, Grafen Helldorf, und seinen Stabschef Ernst vertagt worden. Bei der unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitz stattgefundenen Besprechung wurde beschlossen, den Prozeß in das ordentliche Verfahren überzuleiten und die Verhandlung vor dem Schöffengericht Charlottenburg auf den 8. Oktober festzusetzen.

Die Bluttat von Preußisch-Holland vor Gericht. — Mildes Urteil, aber Relegierung aus sämtlichen höheren Lehranstalten Ostpreußens

Berlin, 27. September. (JTA.) In Preußisch-Holland (Ostpreußen) wurde am 17. März, wie gemeldet, der kaufmännische Lehrling Knopp, Sohn eines erwerbslosen jüdischen Arbeiters, von dem Realschüler Fritz Sprigath durch Messerstiche in die Herz- und Lungengegend schwer verletzt. Sprigath hat schon früher wiederholt jüdische Staatsbürger schwer belästigt. Er wurde nun von dem Jugendgericht zu sechs Wochen Gefängnis unter Zubilligung von Bewährungsfrist verurteilt. Ein zweiter Angeklagter, Mendelstedt, wurde von der Anklage der Mittäterschaft freigesprochen. Dieses milde Urteil ist mehr als eigenartig.

Der nationalsozialistische Überfall auf das Lager der Brith Haolim bei Kassel vor Gericht

Kassel, 29. September. (JTA.) Vor dem Schöffengericht in Kassel fand der Prozeß gegen mehrere Schüler der Kolonialschule in Witzenhausen statt, die in der Nacht vom 4. zum 5. August 1931 das Lager des Brith Haolim (Jungjüdischer Wanderbund) in Wendershausen bei Kassel überfallen hatten. — Vom 2.—5. August fand im Dorfe Wendershausen bei Kassel der diesjährige Bundestag des Brith Haolim unter Beteiligung von 460 Mitgliedern aus ganz Deutschland statt. Ein Teil der Delegierten übernachtete in einer Scheune bei Wendershausen. Eine größere Gruppe nationalsozialistisch gesinnter Schüler der Kolonialschule des benachbarten Witzenhausen in der Stärke von etwa 40 Mann, die auf dem Rückweg von einer nationalsozialistischen Versammlung waren, versuchte in der erwähnten Nacht in die Scheune einzudringen. Der Überfall konnte jedoch von Mitgliedern des Brith Haolim noch vor Eintreffen der Polizei erfolgreich abgewehrt werden. Das Kasseler Schöffengericht hat von den 14 Schülern der Kolonialschule einen Teil frei, andere zu Strafen von 2—4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der allgemeine Rabbinerverband hält seine diesjährige Hauptversammlung nicht ab

Berlin, 5. Oktober. (JTA.) Der allgemeine Rabbinerverband in Deutschland wird, wie der Jüdischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt wird, seine für die letzte Dezemberwoche bereits festgesetzte Hauptversammlung der Zeitverhältnisse wegen nicht abhalten und hat die Sitzung auf vorläufig unbestimmte Zeit verschoben.

Hakenkreuzler schänden eine Synagoge in Baden (Schweiz)

Zürich, 4. Oktober. (JTA.) Das „Badener Tagblatt“ berichtet: „Unzulässig ist das Treiben der Hakenkreuzler, die am hohen Feiertag unserer Israeliten, am Langen Tag, der von Sonntag Abend bis Montag Abend dauert, die Synagoge mit ihren asiatischen Zeichen versehen haben. Hoffentlich gelingt es, die Urheber dieser Niedertracht ausfindig zu machen. Handelt es sich um Ausländer, so sind sie gemäß der Bundesverfassung auf Nimmerwiedersehen zu spedieren.“

Schwere Hakenkreuzlerische Provokation an der Wiener Universität — Intervention der israelitischen Kultusgemeinde

Wien, 4. Oktober. (JTA.) Gleichzeitig mit den am 2. Oktober begonnenen Inskriptionen an der Wiener Universität begannen auch die antisemitischen Provokationen der hakenkreuzlerischen Studenten. Die Hakenkreuzler stellten in ihrem Anschlagkasten im Universitätsgebäude eine Illustration des Eisenbahnunglücks Bia-Torbagy aus und setzten darunter einen Text, in welchem die Behauptung der ungarischen Antisemiten und des Hitlerorgans „Völkischer Beobachter“ in München wiederholt wird, wonach das Attentat von Juden am jüdischen Neujahrsabend durchgeführt wurde, um Juden, die an ihren Feiertagen nicht reisen, vor Schaden zu bewahren. Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Wien intervenierte bei den zuständigen Stellen und forderte die Entfernung des provokatorischen Plakats und des Textes aus dem Universitätsgebäude. Die Intervention hatte Erfolg. In jüdischen und fortschrittlichen Kreisen herrscht Empörung darüber, daß das Rektorat die Provokation geduldet hat und daß es erst eines Eingreifens der Kultusgemeinde bedurfte, damit das Hetzplakat entfernt werde.

Hitlers koschere Schwester

Wien, 27. September. (JTA.) Sehr viel Aufsehen erregte vor einigen Tagen der in Hitlers Münchener Wohnung geschehene Selbstmord einer Nichte Adolf Hitlers, Tochter seiner in Wien lebenden Stiefschwester Frau Raubal. Die Bestattung fand in Wien im Beisein Adolf Hitlers statt. Es hieß, daß das Mädchen aus Enttäuschung über das Benehmen Hitlers ihr gegenüber den Tod gesucht hat. Jetzt stellt es sich heraus, daß Frau Raubal, die Stiefschwester Hitlers, früher mehrere Jahre lang Leiterin der Küche der jüdischen Mensa Academica in Wien gewesen war und das christliche Küchenpersonal strengstens beaufsichtigte, daß nur ja keine Kaschruth-Vorschrift übertreten wird. Als später Hitlers Name als eines Führers des deutschen internationalen Antisemitismus bekannt geworden ist, verstand sie es, ihre Verwandtschaft mit Hitler zu verheimlichen. Erst im Vorjahre, als Adolf Hitler über reichliche geldliche Mittel zu verfügen begann, verließ Frau Raubal den Dienst in der jüdischen Mensa und lebte von Unterstützungen Adolf Hitlers, der ihre Tochter, Frl. Raubal, die jetzt durch Selbstmord geendet hat, in sein Münchner Haus aufnahm und sie Musik studieren ließ.

Makkabiah-Konferenz in Prag

Prag, 28. September. (JTA.) Vom 25. bis 27. September tagte in Prag eine Konferenz des Makkabi-Weltverbandes, die der Vorbereitung der Makkabiah in Palästina und in den Diasporaländern gewidmet war. Dr. Ascher (Berlin) erstattete ein detailliertes Referat über Transportfragen im Zusammenhang mit der Makkabiah, über Abfahrtszeiten, Verschiffungshäfen, Aufenthalt im Lande, Verpflegung und Besichtigungen. Er berichtete, daß aus den europäischen Ländern bereits mehr als 2000 Anmeldungen vorliegen.

Der Weltverband Makkabi richtet in einem von der Konferenz erlassenen Appell einen Aufruf an

die jüdische Jugend in der ganzen Welt, den Makkabi-Vereinen beizutreten und sich allerorts an der Makkabiah zu beteiligen.

Der Makkabi-Weltverband hat ferner dem Direktorium des Keren Kajemeth Lejisrael gegenüber die Verpflichtung übernommen, im Zuge der diesjährigen Chanukka-Aktion für den KKl 3000 Pfund für die Zwecke des Bodenkaufs aufzubringen. Durch diese Summe soll der Boden in Modin, auf welchem sich die Gräber der Makkabäer befinden, ausgelöst werden.

Die ungeheure Wirtschaftsnot unter den polnischen Juden bedroht den jüdischen Nachwuchs

Warschau, 29. September. (JTA.) Die wirtschaftliche Not unter der jüdischen Bevölkerung Polens nimmt erschreckende Formen an und prägt sich bereits in dem äußeren Bild aus, das die Klassen der weltlichen Schulen der jiddischen Kulturorganisation, der hebräischen Schulen der Kulturorganisation Tarbuth und der von den religiösen Organisationen unterhaltenen Talmud- Thora-Schulen bieten. Die Schulkinder sehen ganz so blaß, verhärmt und ausgehungert aus, wie in den schwersten Nachkriegsjahren. Häufig kommt es vor, daß Kinder während des Unterrichts ohnmächtig werden, wobei sich bei der Untersuchung herausstellt, daß das betreffende Kind vom dauernden Hungern vollkommen entkräftet ist. Die Zahl der Sterbefälle unter den vom Hunger entkräfteten Schulkindern ist in ständigem Wachsen begriffen.

Die Leitungen der erwähnten Schulen haben an Herrn Dr. Bernhard Kahn, Direktor des europäischen Büros des American Joint Distribution Committee in Berlin, einen dringenden Appell gerichtet, die Schulen durch Bereitstellung von Mitteln in Stand zu setzen, den Kindern die allernotwendigste Nahrung geben zu können. Die Antwort war positiv, so daß die Hoffnung besteht, daß die Aktion zur Rettung der Schulkinder von Erfolg gekrönt sein wird.

Die in Adjud geraubten Thorarollen wiedergefunden

Bukarest, 4. Oktober. (JTA.) Einige Mitglieder der Bande, die vor wenigen Tagen einen Einbruch in die Synagoge von Adjud (Moldau) verübte und 11 Thorarollen raubte, konnten bereits verhaftet werden. In der Wohnung eines der Einbrecher wurden die zu Erpressungszwecken geraubten Thorarollen in unversehrtem Zustand aufgefunden.

Anhaltende Abwanderung aus den jüdischen Kolonien der Krim und der Ukraine

Moskau, 28. September. (JTA.) Die in Charkow erscheinende jiddisch-kommunistische Tageszeitung „Stern“ stellt eine anhaltende Abwanderung aus den jüdischen Kolonien der Krim und der Ukraine fest. Die Abwanderung übersteigt die neue Zuwanderung. Nicht nur Neukolonisten, sondern auch jüdische Landwirte, die auf dem Lande geboren und aufgewachsen sind, ziehen das Leben in der Stadt dem auf dem Lande vor. In drei jüdischen Rayons in der Ukraine, Kalinindorf, Stalindorf und Neu-Zlatopol, gibt es noch Platz für 2500 Familien oder 10 000 Seelen. Allein aus dem Kalinindorfer Rayon wanderten in den letzten 18 Monaten 2280 Personen aus, unter ihnen solche, die schon einige Jahre als Landwirte sich betätigt haben. Auch in den jüdischen Kolonien der Krim ist die Abwanderung etwas höher als die Zuwanderung. Einzig die jüdische Siedlung in Biro-Bidschan hat einen zuständigen Zufluß von Menschen zu verzeichnen.

Gruß des neuen High Commissioners an Palästina

Jerusalem, 28. September. (JTA.) Der neue High Commissioner für Palästina, General Arthur Grenfell Wauchope, richtete an den agudistisch-aschkenasischen Waad Hair (Stadtrat) in Jerusalem als Antwort auf eine Gratulation zu seiner Ernennung ein Dankschreiben, in welchem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß seine Amtszeit als High Commissioner durch Wohlergehen für alle Bürger Palästinas gekennzeichnet sein wird. Ich hoffe zutiefst, schließt der High Commissioner sein Schreiben, daß ich selbst etwas zu der Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner werde beitragen können.

Die Palästina-Regierung gegen Preistreiberei und Münzenhamsterung

Jerusalem, 4. Oktober. (JTA.) Die Palästina-Regierung hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der gesagt wird, daß Papiergeld und Münzen hinsichtlich ihres Wertes in London völlig gesichert seien, und daß keine Wertdifferenz zwischen Papiergeld und Münzen besteht. Die Regierung warnt vor jedem Versuch, in Palästina durch Ausnutzung der Situation eine Profitmacherei zu betreiben. In der Erklärung heißt es, daß, wenn schon eine Preiserhöhung von Waren, die aus Ländern stammen, in denen die Währung nicht auf dem Sterling basiert, zu rechtfertigen sei, doch solche Erwägungen auf lokale landwirtschaftliche Produkte keine Anwendung finden dürfen.

Weizmann besucht Palästina auf seine Südafrika-Reise

Jerusalem, 4. Oktober. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, wird Dr. Chaim Weizmann im Dezember d. J. auf der Reise nach Südafrika, wo er die nächstjährige Kampagne für den Keren Hajessod leiten wird, Palästina besuchen. Seine Ankunft in Südafrika wird in der zweiten oder dritten Februarwoche 1932 erwartet.

Norman Bentwich wird den Weizmann-Lehrstuhl an der Jerusalemer Universität innehaben

Jerusalem, 4. Oktober. (JTA.) Die hebräische Tageszeitung „Haarez“ teilt mit, daß der bisherige Chef des Justizdepartements der Palästina-Regierung und Oberstaatsanwalt Palästinas Norman Bentwich zum Inhaber des Weizmann-Lehrstuhls für internationalen Frieden an der Hebräischen Universität in Jerusalem ernannt worden ist. Norman Bentwich werde, fügt „Haarez“ hinzu, noch in diesem Winter, spätestens aber im Frühjahr 1932, in Jerusalem eintreffen, um sein neues Amt anzutreten.

Gesetzliche Sabbatruhe in Tel-Awiw

Tel-Awiw, 24. September. (JTA.) Der Gemeinderat von Tel Aviv hat einige Verordnungen betreffend die Durchführung der Sabbatruhe erlassen. Im Stadtkreise von Tel Aviv müssen alle Geschäfte und Werkstätten an Sabbath- und Feiertagen geschlossen bleiben. Nur den Restaurants und Gaststätten ist es gestattet, an diesen Tagen Speisen zu verabfolgen, doch müssen die Speisen im Restaurant selbst eingenommen werden.

Dreizehn junge Revisionisten in Tel-Awiw verhaftet

Tel-Awiw, 1. Oktober. (JTA.) Dreizehn junge Leute, die, der revisionistischen Parole fol-

gend, gegen die Abhaltung der Volkszählung in Palästina agitierten und Zettel mit der Aufschrift „Nieder mit der Volkszählung!" verbreiteten, wurden von der Polizei festgenommen.

Verurteilung der Nablus-Agitatoren

Jerusalem, 22. September. (JTA.) Der englische Polizeirichter Cressal sprach heute gegen die drei arabischen Agitatoren, die in der arabischen Versammlung in Nabus am 31. Juli die Bevölkerung unter Hinweis auf angebliche jüdische Waffenlager in einer Weise aufhetzten, daß es dann zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, das Urteil aus. Jamal Kassim wurde zu 200 und Dr. Sidki Malhus zu 100 Pfund Sterling Geldbuße verurteilt, wobei sie der Richter als „politische Schwindler" erklärte.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Wir erhielten von Herrn Dr. W. Cahnmann diesen Brief, den wir hiermit wiedergeben:

Herr Dr. Ottmor Blum, der in Nr. 40 des „Jüdischen Echo" vom 2.10.31 über den Vortrag des Herrn Ministerialrat Hans Goslar „Das deutsche Judentum in der Krise" berichtet, hat meine in der Diskussion gefallenen Äußerungen mißverstanden.

Es ist nicht richtig, daß ich nachzuweisen versucht habe, „daß nicht die Verlebendigung des Judentums, sondern die Verteidigung der Errungenschaften der Emanzipation die dringende Aufgabe der deutschen Juden in dieser Krisenzeit" ist. Richtig ist, daß ich in der Forderung nach verstärkter Innerlichkeit des jüdischen Lebens mit dem Herrn Referenten völlig einig gegangen bin, aber demgegenüber auf die vordringliche Notwendigkeit zielbewußter jüdischer Außenpolitik hingewiesen habe.

Es ist ferner nicht richtig, daß mir Herr Justizrat E. Straus und der Referent in dieser Anschauung entgegengetreten sind. Richtig ist, daß die beiden Herren diese Meinung geteilt haben, indem sie von der Notwendigkeit einer einigen Abwehrfront sprachen. Die Differenzen bezogen sich allein darauf, wie diese Abwehrfront gebildet und geführt werden muß.

Bar-Kochba Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung

Der gesamte Turnbetrieb ist in vollem Gang. Die Kinder-Abteilung turnt Mittwoch nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule, Herzog-Rudolf-Straße 1. Die Mädchen-Abteilung Montag von 6 bis 7 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße, die Damen-Abteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, die Damen-Abteilung II Montag von 8 bis 9 Uhr in der Volksschule an der Luisenstraße. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, die Turnstunde regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Neuanmeldungen werden in sämtlichen Abteilungen am Turnboden entgegen genommen.

Jüdischer Kulturverein Perez, München

„Samstag, den 10. Oktober 1931, findet abends halb 9 Uhr im Lessingsaal eine Besprechung statt, wozu wir alle Mitglieder und Freunde freundlichst einladen."

Gesamtausschuß der Ostjuden

Familie D. Kornhauser gratuliert Herrn u. Frau Grünbaum zur Bar-Mizwah ihres Sohnes und Herrn I. Sturm und Frau zum Söhnchen RM. 2.—.

M. Schumer u. Frau gratulieren Herrn I. Sturm und Frau zum strammen Buben und Herrn und Frau Grünbaum zur Bar-Mizwah ihres Sohnes. RM. 1.—.

Nach Redaktionsschluß erfahren wir von dem furchtbaren Unglück, das den Freund unseres Blattes, unseren Mitarbeiter, Herrn Gg. Gidalewitsch, plötzlich hinweggerafft hat. Bis zur Stunde liegen genaue Meldungen über das schreckliche Ereignis noch nicht vor. Wir beklagen sein Geschick aufs Schmerzlichste und bringen den Angehörigen unser inniges Mitfühlen zum Ausdruck.

Die Redaktion.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 44

vom 22. bis 30. September 1931

Rosch Haschanah 5692:

Gesammelt durch Frl. Erna Davidson: Frl. Ida Gutmann 1.—; Bogopolsky 1.—; M. Rosenfeld 1.—; Ludwig Davidson 3.— = 6.—.

Gesammelt durch Herrn Ignaz Gidalewitsch: Fritz Gorodisky 5.—; Peter Bock 2.—; Familie Gidalewitsch 8.— = 15.—.

Durch Frau Harburger: Arnold Kohn 5.—; N. N. 3.— = 8.—.

Durch Frau Justizrat Fraenkel: Firma Hermann Tietz 10.—; Emanuel Droller 10.— = 20.—.

Durch Frl. Rauch: Oskar Böhm 3.—, Lissauer 2.—; Lenz —.50 = 5.50.

Einzelspenden: Markus Eisen 3.—; Familie Freylich 2.—; Familie Fröhlich 3.—; Heinz Schild 20.— = 28.—.

Thoraspenden: Bernhard Lustig 25.—; Dr. M. J. Gutmann 10.— = 35.—.

Spenden-Buch: Herr und Frau David Kahn, New York, anläßlich der Vermählung ihres Sohnes mit Frl. Dora Diamand 25.—; Jonny Ehrenhaus und Frau Susi anläßlich ihrer Vermählung 15.— = 40.—.

Goldenes Buch Rafael Hirsch Grünbaum: Familien Markus und Julius Eisen gratulieren Familie Grünbaum herzlich zur Bar-Mizwah ihres Sohnes 2.—; Herr und Frau Gottfried Hirsch desgl. 1.—; Herr und Frau Dr. M. J. Gutmann 3.—; Familie Norbert Sturm desgl. 1.—; Herr und Frau Dr. Jul. Siegel desgl. 2.—; Adolf Mysliborski Misch desgl. 2.— = 11.—.

Otto Hirsch s. A. Garten: Von seiner Mutter zum Gedenken an Simon Seligsberger, Würzburg 1 Baum 6.—.

Büchsen: Geleert durch Frl. Weißmann: Hirsch-Weikersheimer 1.35, M. Berger 1.—; Frau Békés 1.28; Kasriels 1.10; J. Weiner 1.—; A. Gidalewitsch 1.—; Otto van Wien 2.20 = 8.93.

Geleert durch Albrecht Fröhlich: Ludwig Frank 10.75; S. Penzak 1.—; J. Schachno 1.—; Karl Heimann 5.—; B. Zinn 1.95; B. Lustig 5.—; J. Stark —.55 = 25.25.

Material: 1. Vogelschau-Karte —.75; J.-R. Fraenkel 2 NF-Telegramme 2.— = 2.75.

Zusammen RM. 211.43.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930 RM. 6699.93.

Münchener Spendenausweis Nr. 1

vom 1. Oktober bis 6. Oktober 1931

Goldenes Buch ZOG, München: Paul Grünbaum und Frau danken herzlich allen Freunden und Bekannten für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich der Bar-Mizwah ihres Rafael Hirsch 10.—.

VJSt Jordania-Garten: Karl Rosenthal dankt herzlichst Herrn Erich Cohn für Bemühungen und Herrn Dr. Koschland für Behandlung, 1 Baum 6.—; N. N. gratuliert Hannah Epstein zum bestandenen Examen, ½ Baum 3.— = 9.—.

Allgemeine Spenden: N. N. 10.—; Familie Bober gratuliert herzlichst zur Hochzeit Helfgott-Frank 1.—; H. B. 1.05 = 12.05.

Rosch Haschanah nach Aktion: Dr. S. Nathan 3.—; Fritz Schaal 1.—; Frau D. Wassermann 1.— = 5.—.

Büchsen: Geleert durch Wimmer-Deutscher (BJP): Jul. Levite 6.52; Oskar Böhm 1.35; Dr. H. Feuchtwanger 2.83; Paul Koronczyk 3.86; Frau Stiefelzieher 2.24; Jos. Ziegler 1.—; B. Rosenfelder 1.—; Dr. M. Kupfer 1.—; 2 Büchsen unter 1.— 1.17 = 20.97.

Geleert durch Frl. Rauch: Jakob Fischer 3.—; Frau Frydmann 2.05; A. Stern 1.—; Frau E. Gutter 2.—; Rob. Minikes 4.55; Is. Wien 4.— = 16.60.

Geleert durch Jackie Renka: B. Aß 1.10; M. Bogopolsky 1.08; B. Goldfarb 1.80; Mich. Simann 2.01; J. Schenirer 2.02; 3 Büchsen unter 1.— 1.71 = 9.72.

Einzelne Büchse: N. N. 27.45.

Zusammen RM. 110.79.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 RM. 860.74.

Der Ausweis der letzten Woche konnte wegen Platzmangel erst in dieser Nummer ausgewiesen werden.

Spendenausweis des Nürnberger Büros

vom 30. September 1931

Spendenbuch: Herr Emil Rosenfelder anläßlich seines 70. Geburtstages RM. 50.—; Herr und Frau Albert Apfel anläßlich ihrer Silberhochzeit und ihres Einzugs 10.—; Herr und Frau Lehrer Jakob Höhnlein anl. ihrer Vermählung 10.—; Herr und Frau Dr. Mosbacher anl. ihrer Vermählung 10.—; Herr Immanuel Rosenfeld anl. seines 70. Geburtstags 5.—.

Allgemeine Spenden: Sammlung beim Ortsgruppenabend 3.50; Moritz Bein, Septemberrate 3.—.

Imi-Tasche: Max Fischer 3.78; Erna Kissinger 3.74.

Büchsen: Tipp & Co. (Phil. Ullmann) 8.—.

Wertzeichen: Erna Kissinger 6 Photos 1.20; Fanny Berliner 1 Photo —.20; Leo Wißmann 1 Telegramm —.58; Heinz Ellern 1 Telegr. —.50; Dr. St. Löwengart 1 Telegr. —.50; Gustav Kahn 1 Vogelschaukarte —.75.

Bäume für Dr. H. Liebstaedter s. A. Garten: Es kondolieren Familie Dr. A. Singer herzlich: Bezirksverband des KJV Nürnberg 1 Baum 6.—; Dr. Willy Strauß-Reich und Frau & Baum 3.—; Dir. Georg Spiro (Augsburg) ½ Baum 3.—; Paula Altmann ½ Baum 3.—.

Rosch-Haschanah-Spenden: Durch Frau Resel Löwengart (Fürth) 30.—: (Anna Löwengart 10.—; Ernst Löwengart und Frau 10.—; N. N. 10.—.)

Durch Frau Hillmann 26.—: (Ing. Hillmann, Dr. Hechinger je 10.—; Offenbacher, Hertstein je 3.—.)

Durch Frau Dr. Thalmann 20.—.

Durch Frau Lazer 13.—: (Josef Kraus 5.—; Frau Lazer, Frau Goldschmidt je 3.—; Karl Kritz 2.—.)

Durch Frau Dr. Grünbaum 13.—: (Dr. H. Geßner 10.—; Frau Landenberger 3.—.)

Durch Frau Grete Kahn, 1. Rate 11.—: (Siegfr. Kahn, N. N. je 5.—; N. N. 1.—.)

Rosch-Haschanah-Spenden: Durch Felix Scharf 6.—: (Paul Marcus 3.—; Hirschen, Em. Schönfrank, Hermann Hausmann je 1.—.)

Durch Erna Kissinger, letzte Rate 6.—: (dreimal N. N. je 2.—.)

Hedl Theilnehmer 5.—.

Durch Arnold Kandel 4.—: (Dr. Wilhermsdörfer 3.—; N. N. 1.—.)

Durch Martin Wollner, letzte Rate 3.—: (Dr. Behrens, Fürth, Rabbiner.)

Durch Karl Goldmann, letzte Rate 1.50: (Wilpred 1.—; Oskar Schwarzmann —.50.)

Durch Lenchen Lechet 1.50: (Bäuml 1.—; Bekker —.50.)

Zusammen RM. 265.75.

Wir haben vom 1. Oktober 1930 bis 1. Oktober 1931 aufgebracht RM. 6431.19.

Davon an:

Allgemeinen und Aktionsspenden RM. 3528.15.
Bäume: RM. 668.50.
Goldenes Buch: RM. 10.—.
Büchsen: RM. 2093.11.
Wertzeichen: RM. 131.43.

Das Kontingent von RM. 9000.— haben wir nicht erreicht.

Der Fehlbetrag ist RM. 2568.81.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.